

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1881

27.11.1881 (No. 282)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 27. November.

№ 282.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1881.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember werden bei allen Postämtern Deutschlands, bei der Expedition, sowie bei den betr. H. Agenten angenommen.

Ämtlicher Theil.

In Vertretung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs haben Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog gnädigst geruht, dem Großherzoglichen Kammerherrn und Geheimen Referendar Gustav von Stoeffer die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Meiningen verliehenen Comthurkreuzes 2. Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu erteilen.

Der Hauptmann v. Lippe vom Generalstabe der 28. Division ist durch Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 19. d. Mts. als Kompanie-Chef in das 1. Hessische Infanterie-Regiment Nr. 81 versetzt worden.

Nicht-Ämtlicher Theil.

§ Politische Wochenübersicht.

Das Befinden Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs hat sich Gottlob so entschieden gebessert, daß die Ärzte keine täglichen Berichte mehr ausgeben. Es steht zu hoffen, daß der verehrte Landesherr, umgeben von der liebevollsten und sorglichsten Pflege und durch die Uebertragung der Regierungsgeschäfte an Seine Königliche Hoheit den Erbgroßherzog der mit deren Erledigung verbundenen Anstrengungen überhoben, recht bald wieder im Vollbesitz seiner Kraft sich befinden werde. Die wärmsten Segenswünsche seines Volkes begleiten die fortschreitende Genesung des hohen Herrn.

Der badische Landtag hat den Gesetzentwurf die Forterbhebung der Steuern im Dezember 1881 und in den Monaten Januar bis März 1882 betreffend, angenommen. Nach Erledigung dieser Vorlage und Vornahme von Kommissionswahlen sind sodann beide Kammern von ihren Präsidenten beurlaubt worden.

Seine Majestät der Kaiser ist leider abermals von einem Unwohlsein befallen, welches ihn an der gewohnten Bewegung in freier Luft hindert. Er hat deßhalb auch das Präsidium des Reichstages noch nicht empfangen können. Ihre Majestät die Kaiserin hat nach längerem Aufenthalt Baden wieder verlassen und sich zunächst nach Koblenz begeben.

Im Reichstag hat am 24. Novbr. die erste Berathung des Etats stattgefunden. Nach einer Erläuterung desselben von Seiten des Staatssekretärs des Reichs-Schatzamtes ergriff der Abg. Richter das Wort zu einer den Etat in seiner Gesamtheit kritisirenden und die Politik des Reichskanzlers scharf angreifenden Rede. Da nach deren Ende von den angemeldeten Rednern einige auf das Wort verzichteten, andere den Saal verlassen hatten, so hatte da-

mit zugleich die erste Berathung des Etats ihr unerwartet frühes Ende gefunden.

Zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie ist der bisherige Botschafter in Petersburg, Graf Kalnocky, ernannt worden. Der einflussreiche Sektionschef v. Kallay wird auch unter ihm dieselbe Stellung, wie bei Lebzeiten des Ministers v. Haymerle, einnehmen. Die Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Deutschland und Rußland werden durch die Ernennung des Grafen Kalnocky keine Veränderung erleiden. Er hält an dem intimen Verhältnis zum Deutschen Reiche fest und seine bisherige Stellung in Petersburg kann nur dazu beitragen, die Beziehungen zum russischen Hofe noch freundschaftlicher als bisher zu gestalten.

In Frankreich bewegt die politischen Kreise ganz besonders lebhaft der Gedanke einer Revision der Verfassung. Wenn Gambetta und seine Freunde in erster Linie an die Umgestaltung des Senates und die Einführung des Listensystems denken, so rechnet die extreme Linke darauf, daß man dabei nicht stehen bleiben könne und sich mit einer Revision von einzelnen Bestimmungen nicht begnügen dürfe, sondern die ganze Verfassung einer radikalen Umarbeitung unterziehen müsse. Borecki scheint aber die Regierung nicht geneigt, auf solche Pläne einzugehen, es soll vielmehr beabsichtigt sein, die Kammern, wenn sie die von ihnen verlangten Kredite bewilligt haben werden, zu vertagen. Bezüglich der auswärtigen Politik betont Gambetta sehr entschieden die Fortdauer des bisherigen friedlichen und freundschaftlichen Verhältnisses zu allen Mächten. Um so mehr scheint er entschlossen, den Kampf gegen den Klerus aufzunehmen, und es bestätigt sich, daß die Enlassungsgesuche hervorragender Diplomaten mit den zu erwartenden Veränderungen auf dem Gebiete der inneren Politik zusammenhängen, welche den fremden Mächten gegenüber zu erklären und zu verteidigen sie keine Lust zu haben scheinen.

Dem glänzenden Empfange, welchen der König und die Königin von Italien bei ihrer Heimkehr aus Wien in Rom gefunden haben, sind Gegendemonstrationen der Irredentisten gefolgt. Plakate mit groben Schmähungen gegen den König und den Besuch in Wien und mit Hochrufen auf die Republik fand man an den Straßenenden angehängt. In der Deputiertenkammer warf während der Budgetberathung ein Zuhörer von der Galerie herab einen Revolver vor die Sitze der Kommissionsmitglieder. Glücklicher Weise entlud sich die Waffe nicht. Doch war die Aufregung so groß, daß die Sitzung geschlossen werden mußte. Der Thäter ist ein überberühmter Sicilianer. — Am 8. Dezember soll aus Anlaß einer Heiligensprechung eine große Zahl von Bischöfen sich um den Papst versammeln. Man erwartet eine Demonstration zu Gunsten der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes.

Die spanische Deputiertenkammer hat dem Gesetzentwurf zugestimmt, welcher den Bau einer neuen spanisch-französischen Grenz-Eisenbahn mitten durch die Pyrenäen in's Auge faßt. Die Kosten der durch Tunnelbauten bedeutende Summen verlangenden Bahn sollen von Frankreich und Spanien gemeinsam getragen werden. In Griechenland hat die Auflösung des Parlaments

große Aufregung hervorgerufen. Die unter Führung von Trifunopis stehende parlamentarische Opposition hat ein Programm ausgehen lassen, wonach dem König die Vollmacht, das Parlament aufzulösen, aberkannt werden, und dieses mit Ausnahme festgestellter Ferien während der vier Jahre seines gesetzlichen Bestehens in Permanenz bleiben soll. Aus solchen Stimmungen der Opposition scheinen der Regierung ernste Schwierigkeiten erwachsen zu sollen. Zwischen Griechenland und der Türkei ist ein neuer Streit ausgebrochen. Griechenland hat nach Einverleibung Larissa's das dortige türkische Postamt schließen lassen. Die Pforte hat dagegen nicht nur protestirt, sondern die Schließung aller griechischen Postanstalten in der Türkei angedroht. Dagegen hat nun wiederum Griechenland Einsprache erhoben und in einer Note an die Mächte die Pforte demüthigt, die diesen Anlaß nur benutzen wolle, um den Versuch zu erneuern, alle europäischen Postämter aufzuheben. Damit hat sich Griechenland, das mit seinem Vorgehen in Larissa formell unzweifelhaft im Recht ist, in eine sehr vortheilhafte Stellung zu setzen verstanden. Der Vorfall wird indeß wohl keine weiteren Folgen als eine Anzahl diplomatischer Noten haben.

Deutschland.

Berlin, 25. Nov. Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung des Staatsministeriums betreffend die einjährige Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes für Berlin vom 29. November ab.

Berlin, 24. Nov. Reichstag. 3. Sitzung.

Die heutige Sitzung wurde von dem Präsidenten v. Levetzow nach 4.1 Uhr eröffnet. Das Haus erscheint ziemlich gut besetzt. Zahlreiche Mitglieder des Bundesraths und Kommissarien desselben befinden sich an den Tischen des Bundesraths. Unter den gemachten geschäftlichen Mittheilungen ist hervorzuheben, daß mittelst Schreibens des Reichskanzlers vom 21. d. M. die Allerhöchste Botschaft, mit welcher der Reichstag am 17. d. M. eröffnet worden und welche von Seiner Majestät dem Kaiser Allerhöchste vollzogen und vom Reichskanzler kontratsignirt ist, dem Reichstage zugegangen ist. Dieselbe wird durch Druck vervielfältigt, den Mitgliedern des Reichstags zugehen. Eine erhebliche Anzahl von Wahlen ist von den Abtheilungen bereits gebräut und genehmigt. — Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Abg. Hasenclever und Genossen wegen Einstellung des gegen den Abg. Krücker beim Amtsgericht zu Breslau schwebenden Strafverfahrens. (§ 131 des Strafgesetzbuchs.) Nachdem der Abg. Hasenclever den Antrag begründet, beantragt der Abg. Frhr. v. Mantuffel, den Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, damit das Haus sich erst über die Sache entscheide, nachdem die Geschäftsordnungs-Kommission ihren Bericht erstattet haben werde. Der Abg. Windthorst hat prinzipiell gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, findet ihn aber im konkreten Fall nicht angezeigt. Der Antrag des Abg. Frhr. v. Mantuffel wird demnach abgelehnt und der Antrag des Abg. Hasenclever angenommen. Ebenso wird ein Antrag des Abg. Krücker und Genossen wegen Einstellung der gegen den Abg. Hasenclever bei dem Landgericht in Leipzig, dem Amtsgericht daselbst und beim Amtsgericht zu Halle schwebenden Strafverfahrens (wegen Verletzung des Pressgesetzes) angenommen, nachdem der Antrag auf Ueberweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission auch hier abgelehnt worden war.

Die erste Berathung des Reichshaushalts-Etats pro 1882/83 leitete der

Großherzogl. Hoftheater.

Teufels Antheil, Weiße Dame und Dorfbarbier.
Karlsruhe, 23. Nov. In der kleinen Aufführung des Antheils des Teufels ist eine kleine Profanecene aus dem Textbuch entfernt, wodurch ein ganzes Duett nur schwer verständlich wird; es ist dies die Stelle im dritten Akt vor dem Duett zwischen Carlo's Schwester und deren Geliebten. Wenn Carlo vorher seiner Schwester sagt, daß ihre Bestellung, als würde sie von einer unsichtbaren Person bedrängt, in seinen Plan gehört, so ist die Scene klar; wenn das aber nicht geschieht, so ist sie unklar, und warum soll das Publikum im Unklaren gelassen werden? Die Aufführung laut der vorigen an Korrektheit völlig gleich. Frau Meysenheim sang den Carlo freier als das letzte Mal; in leidenschaftlichem Ausdruck und Charakteristik des Spiels ließ sie nichts zu wünschen übrig. Hr. Gausler lieferte einen vorzüglichen König; das Spiel im dritten Akt während des Duetts zwischen Carlo und dessen Schwester war von großer Wirkung. Fr. Kupp und Hr. Rosenbergs waren recht befriedigend. Die Königin scheint nicht besser besetzt werden zu sollen; so schwer wäre das doch wirklich nicht! — In der Weißen Dame herrschte viel Unsicherheit, besonders in der Kenntniß des Textes. Ueber die Richtigkeit mehrerer Tempis ließ sie sich streiten. Frau Meysenheim, welche der Prosa allgemeinlich eine Reperition könnte angedeihen lassen, leistete im Vortrag der Ballade Vorzügliches. Hr. Rosenbergs als George Brown war nicht weniger lobenswerth. Ebenso Fr. Kupp, Fr. Goldkicker und Hr. Speigler. Die Regie der Chöre dürfte nächstens einer gründlichen Veränderung unterzogen werden. Es gilt dies auch im Allgemeinen und trifft eine ganze Reihe, namentlich kleinerer Opern. Das militärische Auf- und Abziehen, das einfache Abfinden der vorgeschriebenen Takte ohne die dar-

stellerische Motivirung der gelungenen Worte ermüdet auf die Dauer den regelmäßigen Besucher des Theaters. Mit einiger Mühe ließe sich dieser Mangel beseitigen. — Daß der Dorfbarbier von Schenl von neuem Aufnahme in's Repertoire gefunden hat, ist aus verschiedenen Gründen zu rechtfertigen. Erstens fehlt es an solch kleinen Sachen und zweitens ist die Musik sowohl als die Handlung des Dorfbarbiere derart, daß das Stück nicht bloß historisches Interesse erregt; aber es muß eine ganz andere Aufführung erleben. Die Fielität gegen den Autor sollte eine viel größere sein; es spielte sich fast Alles in's Lächerliche. Schon die Perrücken und Hüfte dürften weniger Lachen erregen. Der musikalische Theil muß mit größerer Feinheit herausgebracht werden. Die Wiße, fast sämmtlich aufgebraucht, müssen durch neue, feinere ersetzt werden. Erst nach einer gründlichen Revision der Aufführung wird der Zuschauer ein richtiges Bild von dem Stück erhalten und dann auch zu einer besseren Würdigung desselben gelangen können.

Kleine Zeitung.

Karlsruhe, 24. Nov. Wie der „Deutsche Reichsanzeiger“ meldet, hat bei der Verteilung der aus der Felix Mendelssohn-Bartholdy-Stiftung fließenden Stipendien auch ein von Karlsruhe gebürtiger Tonkünstler, Hr. Alexander Adam, ein solches erhalten. Es ist dies ein so ehrenvoller für den jungen Künstler, als derselbe bereits mit dem Frankfurter Mozart-Stipendium bedacht wurde. Die Kompositionen, mit denen Dr. Adam diese neue Auszeichnung errungen hat, sind ein Klavierquartett, ein Streichquartett und eine Klavier-suite.

Δ Mannheim, 24. Nov. Der geistige Abend brachte die schon seit langer Zeit erwartete Opernrevue „Carmen“ von Bizet. Text von Meilhac und Halévy. Die Vorstellung dauerte von 6^{1/2} bis 10^{1/4} Uhr und der Erfolg war im Großen und Ganzen ein günstiger, die Inszenirung war vorzüglich, sie ge-

reichte dem artistischen Direktor, Hofrath Werther, zu großer Ehre, eben so vortrefflich und künstlerisch waren die neuen Dekorationen des Maler Auer. Der Text ist mit großem Geschick zusammengestellt, die Musik theilweise anmuthig und unterhaltend, theilweise monoton, nur sehr selten originell, sie wimmelt von Reminiszenzen älterer, etwas verwandelter Melodien. Die Darstellung kann als gute bezeichnet werden, doch reichte bei der Trägerin der Titelrolle der stimmliche Theil nicht völlig aus, auch gelang es Fr. Traut nicht in allen Beziehungen, den lebendigen feurigen Charakter der Carmen zum Ausdruck zu bringen. — Zur hiesigen Schillerpreis-Konkurrenz sind bis zum 10. Nov., dem Schlußtermin, 155 Stücke eingelaufen, mit Prüfung der Arbeiten sind außer dem artistischen Direktor und einem Regisseur sieben hiesige Kunstkenner betraut worden, bei der engeren Wahl sollen noch Heinrich Laube und Paul Lindau zugezogen werden. Der Verfasser und der Titel des gekrönten Werkes müssen spätestens bis zum 13. Januar 1882 veröffentlicht werden, der Preis kommt unter allen Umständen dem relativ besten Werke zu gut, selbst wenn dasselbe nicht allen Anforderungen entspricht.

In der französischen Schweiz hat sich nicht nur eine eigene Nationalität gebildet, sondern es ist hier auch auf Grund der Reformation seit dem 16. Jahrhundert eine von der französischen wesentlich verschiedene Civilisation erwachsen, aus der wieder eine eigene Literatur hervorging. Die französische Schweiz zählt eine Menge heimlicher Prosaiter und Dichter, die ihr eigenes nationales Gepräge tragen. Dies im Zusammenhang nachzuweisen unternimmt die soeben im Trüb'schen Verlage (Schreiber und Grisch) Zürich, erscheinende Schrift Dr. Semmig's: „Die französische Schweiz und Savoyen. Ihre Geschichte und Literatur, Kunst und Landschaft“. Der Verfasser begegnet auch dem schon in dem Namen französische Schweiz enthaltenen Irrthume und zeigt, daß dieser Name modern ist; noch zu Voltaire's Zeiten nannte man das Waadtland „le pays romand“, weil man darin das Romand sprach. Dieses Romand ist die ursprüngliche, der ganzen soeben. französischen Schweiz gemeinsame Landessprache

Staatssekretär des Reichs-Schatzamt Scholz mit einem längeren Vortrag ein, in welchem er zunächst auf die allgemeine Finanzlage am Ende des Etatsjahres 1880/81 einging. Das hier erscheinende Defizit von 12 Millionen ist indes lediglich als ein formelles Rechnungsergebnis mit Rücksicht auf die kreditirte Rübenzucker-Steuer im Zusammenhange mit der bis zu diesem Jahre bestehenden Frist der Rückvergütung für Steuer ausgeführten Zuckers anzusehen. Das wirkliche finanzielle Ergebnis ist für 1880/81 also als ein erfreuliches zu erachten; noch günstiger stellen sich aber die Aussichten für das laufende Etatsjahr. Trotz mancherlei nothwendig gewordenen Mehrausgaben ist ein Etatsüberschuss von 15 Millionen zu erwarten, soweit sich das nach den 7 Monaten des abgelaufenen Etatsjahres übersehen läßt. — Der Staatssekretär des Reichs-Schatzamt rechtfertigte dann des Näheren die Höhe des an die Einzelstaaten aus den Zöllen zu überweisenden Uberschusses, welcher um etwa 1 1/2 Mill. Mark niedriger gegriffen wurde, als im laufenden Jahre, und ging weiter auf die den eigenen Etat des Reichs nicht berührenden Einnahmen ein. Abgesehen von letzteren ist die Erhöhung der Matrifalarbeiträge um 12 Mill. Mark bedingt durch eine Erhöhung der Mehrausgaben um 8 Mill. Mark und eine Ermäßigung der Einnahmen um 4 Mill. Mark. Die e i n m a l i g e n Ausgaben sind nur bei dem Reichsamt des Innern höher als im vorigen Jahre (Brennstoffverbrauch und Polarforschungen). Das die eigenen Einnahmen des Reichs im vorliegenden Etat um pp. 4 Mill. Mark niedriger erscheinen, als im Vorjahre, hat seinen Grund lediglich darin, daß Uberschüsse wie in früheren Jahren nicht mehr vorhanden sind. Besonders Gewicht wird auf die Uberschüsse der Post- und Eisenbahn-Verwaltung als bedeutsame Zeichen einer Hebung des Verkehrs gelegt. — Der außerordentliche Etat ist von rund 66 auf 56 Mill. herabgegangen, von denen nicht, wie im vorigen Jahre 53 1/2, sondern nur 33 Mill. Mark durch Anleihen zu beschaffen sind. Im Allgemeinen müsse man anerkennen, daß man auf dem Wege der Steuerreform mit diesem Etat wieder einen wesentlichen Schritt vorwärts geschritten sei. Die wirklichen Leistungen der Bundesstaaten für das Reich hätten betragen 1880/81 noch: rund 26 Mill., 1881/82: 19 Mill., und 1872/83 nur noch 14 Mill. (d. h. für Preußen 15 Mill., 12 Mill., 9 Mill.). Staatssekretär Scholz schloß demnach mit der Hoffnung auf eine fernere gedeihliche Entwicklung der Finanzen des Reichs. (Bravo rechts.)

Abg. Richter (Gagen): Man hat im Publikum die Meinung zu verbreiten gesucht, als ob der Inhalt der Kaiserlichen Botschaft mit besonderer Betonung die persönliche Ansicht des Kaisers wieder spiegelt. Aber gerade dadurch, daß die Botschaft die Gegenzeichnung des Kanzlers trägt, tritt die Form der Verantwortlichkeit des Kanzlers für den Inhalt auch äußerlich erkennbar hervor. Auch ist es völlig gleichgültig, ob der Kanzler im Auftrage des Kaisers den Reichstag eröffnet, oder ob der Kaiser durch eine Rede selbst diese Eröffnung vollzieht, es sind nur verschiedene Formen derselben Sache. Es ist die Darlegung des Regierungsprogramms beim Beginn eines neuen Abschnitts der Gesetzgebung, für welches der Reichskanzler die Verantwortlichkeit übernimmt. Man hat sogar versucht, aus den einzelnen Sätzen der Botschaft, aus dem einen die Ansicht des Kaisers, aus dem andern die Ansicht des Kanzlers herauszulesen. Ich behaupte, in dieser Botschaft spricht die Krone, berathen vom Kanzler; unsere Aufgabe ist es, der Krone unseren Rath zu ertheilen, um die Krone auch über unsere Ansichten möglichst genau zu informieren. Das dies nothwendig ist, geht schon aus den Gegenfragen in den verschiedenen Thronreden hervor. So sehr wir überzeugt sind, daß der Kanzler seinen Rath der Krone ertheilt hat nach Maßgabe seiner eigenen selbständigen Ueberzeugung, eben so sehr halten wir es für die Aufgabe des Reichstages, nun seinerseits dieses Regierungsprogramm nach seiner selbständigen Ueberzeugung zu beurtheilen. Redner protestirt dagegen, die Krone selbst in den Kampf der Parteien hineinzuziehen. Wir haben es ja schon erlebt, daß, als die verluste Parole: „Für oder wider den Kanzler“ kein Echo fand, man versuchte, die Parole auszugeben: „Für oder wider den Kaiser“. Auch die neue Form des öffentlichen Anschlages der Kaiserlichen Botschaft ist geeignet, Mißverständnisse im Volke hervorzurufen und den Kaiser selbst in den Streit der Parteien hineinzuziehen. Wir unsererseits kennen nichts anderes, als den Wetteifer der Parteien, wie der Krone der beste Rath gegeben werden könne. (Sehr richtig! links.) Hoch über den Parteien steht die Krone und der Kaiser selbst. Solch öffentliche Anschläge kennt man wohl in Frankreich, wir aber wollen diese französische Art bei uns nicht aufkommen lassen. Redner

gewesen, und erst seit der Eroberung des Vanquedoc und der Provence durch die Franzosen allmählig durch die französische Sprache verdrängt worden; noch lebt das Romand in den verschiedenen Patois, besonders in der Grafschaft Greyerz fort, gerade wie im südlichen Frankreich die provenzalische Schwester-Sprache noch die Volkssprache ist.

© In der Reihe von Galerie-Prachtwerken, welche die wieder erwachte Liebe des kunstverständigen Publikums für die Radirung in jüngster Zeit entzünden ließ, fehlte bis jetzt noch ein solches über die königl. Gemäldegalerie der Pinakothek in München. Es sind nunmehr 48 Radirungen von der Hand des Prof. J. L. Raab zur Veröffentlichung in Aussicht genommen, zu welchen der Galeriedirektor Fr. v. Reber kunsthistorische Notizen als Textbeilage geschrieben hat. Das Werk erscheint in 12 Lieferungen à 4 Blätter, Format 68—52 cent., und wird je nach der Abdruckart pro Lieferung 24 bis 80 Mark kosten. Die erschienene erste Lieferung bringt: Murillo's Melonenesser, Ruben's Frühstücksrang, Rembrandt's Kreuzabnahme, v. Dyck's Bürgermeisterin von Antwerpen. — Ein künstlerisch durchgeführtes und dabei billiges Bilderwerk sind die Hofe'schen Lichtdrucke der Dresden-er Galerie; sie erscheinen in den drei Formaten Bist, Cabinet und Folio, und sind sowohl in Sammlungen als auch in einzelnen Blättern käuflich. — Eine wirksame Imitation von Original-Delegemälden wird als Doppel-Paris aus in den Handel gebracht. Es sind dies Lichtdrucke und Photographien, welche mit Delarben kolorirt sind. Die Konturen sind dadurch den Originalen genau nachgebildet, während es Sache des Malers ist, ein getreues Kolorit zu geben.

— Von dem humoristischen „Anton Notenquetscher“, ein satyrisches Gedicht in vier Gesängen von Alexander Koszowski, mit Illustrationen von Philipp Scharwenka, ist die zweite vermehrte Auflage (bei Karl Simon, Berlin W.) erschienen. Wir hoffen, daß der Wunsch der gereimten Vorrede an den musikalischen Lesern des berühmten „Anton Notenquetscher“, der sich sehr viele Freunde erworben hat, in Erfüllung geht:

Was Tages Müß' und Noth und Eile
An Sorge dem Gemüth gebracht,
Bedenk, durch eine einz'ge Zeile
Wird oft der Kummer weggelacht.

erinnert an die Proklamationen aus der französischen Kaiserzeit und hebt den grellen Widerspruch hervor, der zwischen den nachfolgenden Ereignissen und jener Proklamation besteht, welche dem französischen Volke den Ausfall des bekannten Weibsjahrs bekannt gab. Die Kaiserliche Botschaft spreche von einer erfreulichen Besserung unserer Verhältnisse. Der Herr Staatssekretär Scholz habe speziell die Mehreinnahmen aus der Post- und Telegraphen-Verwaltung hervorgehoben; davon gingen aber gleich ab 1,400,000 Mark zur Wittwen- und Waisenkasse. Es blieben dann nur noch 1,100,000 Mark übrig, ein Satz, wie er in jedem Jahre sich zeige, eine Steigerung der Portoeinnahme finde in jedem Jahre statt. Auch der Eisenbahn-Etat solle einen Uberschuß nachweisen. Der Herr Redner habe aber unterlassen, zu bemerken, daß die Länge der Eisenbahn-Linien um 92 km zugenommen habe, die Steigerung aus dem Personen- und Frachtverkehr aber noch nicht einmal sieben Prozent betrage. Redner geht sodann zur Frage der Wirtschaftspolitik über und verweist auf die Berichte der Handelskammern, welche sich mit überwältigender Mehrheit dahin ausgesprochen hätten, daß die neue Wirtschaftspolitik unangünstig gewirkt. Die Berichte widersprechen der Behauptung, daß ein allgemeiner Aufschwung eingetreten sei. Dafür allerdings sollen die Verfasser dieser Berichte verantwortlich vernommen werden. (Seiterkeit.) Und wo sind die Männer alle geblieben, die wesentlich mit dazu beigetragen haben, diese Wirtschaftspolitik zu inaugurieren? die Herren v. Barnbüler, v. Kardorff, Dr. Löwe, Berger? Keiner von ihnen ist in den Reichstag zurückgekehrt; nur Herr v. Minnigerode stehe noch da als eine hohe Säule, von der entzündenden Fracht genügt. (Große Seiterkeit.) Der Redner sagt, die Aufgabe, die man bei Beginn der Finanzreform sich gestellt hat, würde erfüllt worden sein, wenn nicht die Herrs-Präsidenten erhöht worden wäre. Ja, Herr Unterstaatssekretär, das ist ja eben die Frage. Auch in diesem Etat zeigte sich an verschiedenen Stellen die Wirksamkeit dieses Gesetzes. Der vorliegende Etat sei überhaupt nur eine Konsequenz des Regierungssystems; ohne eine Aenderung des letzteren sei eine Aenderung des Etats gar nicht möglich. Redner unterzieht nunmehr dieses System einer eingehenden Kritik, indem er zunächst bemerkt, daß nach der Auffassung seiner Parteifreunde die Botschaft eine Adresse dieses Hauses erheischt. Inwiefern gehöre er seiner Mehrheitspartei an und es werde dieselbe wohl unterbleiben. Es sei wohl Niemand in diesem Hause, der nicht ein Herz hätte für die Noth der ärmeren Volksklassen und der nicht für sein Theil bestrebt sei, die Lage dieser Volksklassen nach Kräften zu verbessern. Aber die soziale Frage sei keine spezifische Frage, sie könne nicht durch die Wunderpille irgend eines Quacksalbers gelöst werden. Ihre Lösung sei gleichbedeutend mit dem Kulturfortschritt der Gesamtheit. Man sollte daher bestrebt sein, zu erst diejenigen Wege zu verfolgen, über welche die Parteien einverstanden sind. Redner verweist darauf, daß die Fortschrittspartei unausgesetzt eine Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes gefordert habe. Würde man diesen Vorschlag acceptiren, dann würde man den Hauptbeschwerden der Arbeiter abhelfen. Es wäre das ein besseres Weisheitsangebinde, als der bekannte Demagog-Brief des Reichskanzlers, welcher die Aera der Lebensmittel-Vertheuerung einleitete. Jene Wege, welche die Regierung uns führen will, legen eine Zerstückung bestehender Einrichtungen voraus, eine Zerstörung lebenskräftiger Institutionen. Wozu sollen wir ertöten Einrichtungen zu Gunsten von Anstalten, deren Lebensfähigkeit erst bewiesen werden müßte? Wir unsererseits wollen das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen nicht abschwächen und deshalb sind wir gegen den staats-socialistischen Gedanken des Reichskanzlers. Was der Kanzler den Armen zuwenden wolle, geschehe auf Kosten der Armen selbst durch Erhöhung der indirekten Steuern. Redner tadelt die Versprechungen, welche wiederum in dem Regierungsprogramm enthalten seien. Dergleichen Versprechungen, wenn sie keine Erfüllung finden, seien nur geeignet, Unzufriedenheit zu erregen, die im Grunde ist, die Grundlagen des Staates zu erschüttern. Weiter wendet er sich gegen das Tabakmonopol, das schon einmal in Preußen eingeführt gewesen sei, aber sehr bald wieder beseitigt wurde. Das Monopol hindere das Volk zur selbständigen Erzielung. Erst die Stein-Hardenberg'sche Politik sei im Grunde gewesen, durch Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte, der wirtschaftlichen Freiheit, das zusammengebrochene Vaterland wieder neu aufzurichten. Das sei dieselbe Politik, die heute verläßt wird, die man als Manchestertheorie, als fortwährenden Republikanismus bezeichne. Damals allerdings wurden die Mannig und Genossen, die mit ehrlichen Mitteln gegen den Volksgeist anzukämpfen suchten, in sehr unparlamentarischer Weise nach Spandau geschickt; heute erfreuen sich diejenigen, welche seine Politik bekämpfen, eines Dankschreibens des Reichskanzlers. Für die großen Grundsätze der Stein-Hardenberg'schen Politik treten wir ein. Allen den zahlreichen Plänen des Reichskanzlers steht die Reaktion an der Spitze geschrieben (Widerpruch); sie führen uns zurück noch hinter die Gesetzgebung zu Anfang dieses Jahrhunderts. Nicht die größere Kompetenz begründet die Macht eines Reichs. Ein Reich, welches sich diese Aufgabe stellt, kann ohnmächtig sein; das Reich ist am stärksten, welches sich auf die nothwendigsten Ausgaben beschränkt und auf der anderen Seite seine ganze Kraft darauf verwendet, diejenigen Aufgaben zu erfüllen, welche die freie Thätigkeit des Individuums ermöglichen. Die offizielle Presse habe das Urtheil der auswärtigen Presse über die Botschaft gefälscht (Widerpruch rechts) — Zustimmung links) und man suche das als Volkshymne zu bezeichnen, was in der Wilhelmstraße gemacht werde. Es mache einen unangünstigen Eindruck, daß der Kanzler, anstatt, daß er den Kaiser mit seiner Person, seine Niederlagen durch die Person des Kaisers zu decken suche. (Widerpruch rechts.) Der vorige Reichstag war dem Kanzler und seiner Politik nicht günstig, der gegenwärtige noch weniger. Der Reichskanzler habe seine früheren Reichstags-Reden, die sich gegen die Fortschrittspartei richteten, in Hunderttausenden von Exemplaren im Lande verbreiten lassen und habe durch die „Provinzial-Korrespondenz“ und in persönlichen Schreiben die Fortschrittspartei angegriffen. Es hat dem Kanzler aber Alles nichts genutzt. Wir können ihm für seine Angriffe nur dankbar sein, denn wir sind dadurch in mehr als doppelter Anzahl hier im Reichstage erschienen, und wenn nicht die Beeinflussung der Behörden noch die Wahlen geleitet, würde die liberale Partei in entschiedener Majorität hier am Platze erschienen sein. Die Botschaft berücksichtigt durchaus gar nicht die früheren Beschlüsse des Reichstags; sie kündigt von Neuem alles das an, wogegen sich der Reichstag bereits mit großer Majorität erklärt hat. Der Reichskanzler sagte einst: Es gibt Zeiten, in denen liberal, und Zeiten, in denen diktatorisch regiert werden muß. Jetzt scheint das diktatorische Regiment an der Reihe zu sein. Wir unterstücken die Verdienste des Reichskanzlers nicht. Hoch steht uns der Kanzler, aber noch höher stehen uns die Interessen des Volkes. Der Kanzler hat seine Verdienste um die Einigung des Deutschen Reichs, aber das Volk hat sie auch; es ist mit seinem Gut und Blut in den Kampf eingetreten und hat gezeigt, daß es würdig sei. Ein solches

Volk aber läßt sich nicht durch die Diktatur regieren. Das ist unser Standpunkt — um in der Sprache der Thronrede zu reden — vor Gott und den Menschen, aus Liebe zum Reich, aus Liebe zum Kaiser. Das ist unsere Ueberzeugung, für die wir eintreten und von der wir nicht lassen werden. (Lebhafter Beifall links und vereinzeltes Handklatschen.)

Vom Abg. Richter ist ein Antrag eingegangen, welcher bezweckt, die Mehrforderungen der Ausgaben sowie die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, und aus den indirekten Steuern der Budgetkommission zur Vorberatung zu überweisen und die übrigen Spezialletats im Plenum zu erledigen.

Nunmehr ertheilt der Präsident das Wort dem Abg. Frhn v. Minnigerode. Derselbe lehnt für heute ab und bittet, zunächst über einen Verlagsantrag, der inzwischen überreicht worden ist, abstimmen zu lassen. (Der Verlagsantrag wird abgelehnt.) Der Präsident ertheilt darauf das Wort dem Abg. Lasker. Auch dieser lehnt ab, indem er anheim gibt, die Reihenfolge zu beobachten. Auch Abg. Windthorst verzichtet für heute zur Sache auf's Wort. (Seiterkeit.) Ein zweiter Verlagsantrag wird abgelehnt. — Der Präsident ertheilt sodann dem Abg. Maier (Stuttgart) das Wort. Abg. Sonnemann (zur Geschäftsordnung): Der Abg. Maier ist nicht im Hause. (Große Seiterkeit.) Nachdem noch Abg. Richter ebenfalls auf's Wort verzichtet, wird die Rednerliste als geschlossen betrachtet und die Diskussion als beendet erklärt. (Stürmische Seiterkeit.)

Der Antrag Richter wird hierauf fast einstimmig angenommen. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den Beitrag des Reichs zu den Kosten des Anschlusses der Freien Stadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet. — Schluß 3 1/2 Uhr.

§ Berlin, 25. Nov. Mit Bezug auf die Nachricht, daß die Botschaft des Kaisers in allen Gemeinden durch Anschlag zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden soll, bemerken verschiedene Blätter, daß dies eine französisch-imperialistische Praxis sei. Abgesehen davon, daß diese Praxis lange vor dem dritten Napoleon in Frankreich üblich war, wäre sie als eine konstitutionelle zu bezeichnen. Man erinnert sich an die Proklamation des Königs Viktor Emanuel an sein Volk, als man demselben, der unter schwierigen Verhältnissen nach einem verlorenen Feldzug und einem unglücklichen Frieden den Thron bestiegen, eine radikale, oder, wie man jetzt bei uns zu sagen pflegt, eine entschiedene liberale Kammer gesendet hatte. Der König löste diese Kammer auf und appellirte persönlich an die Wähler, welche ihm dann auch die Kammer schickten, unter welchen Cavour die unter dem Namen Connubio bekannt gewordene Vereinigung bis dahin sich bekämpfender Elemente zu Stande brachte, welche diesem großen Minister eine Majorität verschaffte, die ihm bis an sein Ende treu geblieben ist.

Nach § 57 der Reichs-Gewerbeordnung darf ein Bundesangehöriger, welcher innerhalb des Reichsgebietes einen festen Wohnsitz besitzt und das 21. Lebensjahr überschritten hat, ein Legitimationschein vorbehaltlich der Bestimmung des § 59 nur in bestimmten sub 1—4 aufgeführten Fällen verjagt werden. Nach § 59 ist die Ertheilung von Legitimationscheinen für gewisse daselbst bezeichnete Gewerbe zu versagen, sobald der den Verhältnissen des betreffenden Verwaltungsbezirks entsprechenden Anzahl von Personen solche Legitimationscheine ertheilt sind. Nach § 60 endlich darf die Erneuerung eines Legitimationscheins nicht verjagt werden, so lange die im § 57 bezeichneten Erfordernisse vorhanden sind. Bei Handhabung dieser Bestimmungen sind nun wiederholt Zweifel und Meinungsverchiedenheiten darüber zu Tage getreten, ob den Personen, welche Legitimationscheine zum Betriebe eines der in § 49 bezeichneten Gewerbe erhalten haben, die Erneuerung solcher Legitimationscheine lediglich in den in § 57 sub 1—4 angeführten Fällen oder aber auch im Falle des § 59 al. 2 zu versagen sei. Die Provinzialbehörden sind veranlaßt worden, sich über diese Frage gutachtlich zu äußern.

Die deutsche Kontursordnung ist nun auch (nebst Einführungsgele, dem preussischen Ausführungsgesetze, sowie dem Reichsgesetz betr. die Ansetzung von Rechtsbandlungen eines Schuldners außerhalb des Kontursverfahrens) in der bekannten großen Fr. Kortmann'schen Ausgabe, kommentirt von Dr. J. Meisner, Landgerichts-Rath in Thorn, erschienen. Der Kommentar bietet zunächst eine Durcharbeitung der Motive der Regierungsvorlage, die, wo ihre Ausführungen zu Bedenken Anlaß geben, kritisiert sind; die Protokolle der Reichstags-Kommission haben eingehende Beleuchtung gefunden; aus den Motiven sind die für die Auslegung erheblichen Stellen wörtlich mitgetheilt. Besondere Berücksichtigung fanden die preussische Kontursordnung, das unmittelbare Vorbild der R.R.O., sowie das französische Recht, das gemeine deutsche Recht, die Rechtsprechung des preuss. O. Trib., das vorm. R.D.S.G., die Ausführungsgele der Einzelstaaten. Für den praktischen Gebrauch dienlich ist die Mitnahme der das Kontursverfahren betr. Bestimmungen des Gerichts-Gesetzes, des Gesetzes über die Kontular-Gerichtsbarkeit und der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte in Preußen vom 3. August 1879.

Worms, 26. Nov. (Tel.) Marquardsen wurde in den Reichstag gewählt mit über 7000 Stimmen; Ebner erhielt 5000.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. Nov. Herr Gambetta ist der alten Uebung, nach welcher ein neu ernannter Minister des Auswärtigen den resp. Regierungen die mehr oder weniger aufrichtige Versicherung gibt, daß er sich die Pflege der bisher bestandenen freundschaftlichen Beziehungen angelegen lassen werde, nicht gefolgt; ob ein dahin gerichteter Rundschreiben noch zu erwarten, weiß ich nicht. Ich habe übrigens einfach die Thatsache konstatiren wollen, daß es seither nicht existirt, und ziehe keine Schlüsse aus ihr.

Die neueste Meldung von der geplanten Uebersiedelung des heiligen Vaters nach — Fulda wird hier als ein Humbug der Berzweiflung betrachtet. Man hat ihn so oft schon nach allen möglichen und unmöglichen Orten auswandern lassen, daß am Ende nur Fulda noch übrig blieb. Hoffentlich wird es dabei sein Bewenden haben.

Brody, 24. Nov. (R. Fr. Pr.) Man meldet heute aus Kiew, daß daselbst abermals Aufregungen vorgefallen sind, indem zahlreiche Gruppen von Rekruten in die Buden jüdischer Kaufleute einbrangen, dieselben plünderten und zerstörten, bevor das Militär einschritt. Die Handlungen der am Podol etablirten Juden bleiben vorläufig geschlossen.

Niederlande.

Haag, 25. Nov. (Frk. Btg.) Die Zweite Kammer votirte fast einstimmig das Budget für Indien. Das Defizit von 10 Millionen und die früheren Defizits sollen durch eine von den Niederlanden zu kontrahirende Anleihe von 25 Millionen gedeckt werden. Die Kammer hob weiter die Abgaben, welche die indischen Eingebornen ihren Häuptern zu zahlen haben, auf.

Frankreich.

Paris, 26. Nov. (Tel.) Minister Bert empfing das Personal des Kultusdepartements und bemerkte: Sache des Ministeriums seien nicht religiöse Dogmen, sondern die Ueberwachung der Gesetze betreffend die Beziehungen zwischen der römischen Kirche und dem Staat. Die Regierung wolle die strikte Ausführung des Konkordats.

Paris, 25. Nov. (Frk. Btg.) In der Fraktionsitzung der gemäßigten Linken des Senats führte Leroyer aus, man könne keine Stellung zur Revisionsfrage nehmen, bis das Resultat der Senatswahlen vorliege. Er glaube jedoch nicht, daß das Land für die Revision einstehe. Mehrere andere Redner sprachen sich zu Gunsten einer partiellen Revision aus. Die Frage soll in nächster Sitzung wieder beraten werden.

Italien.

Rom, 25. Nov. Die „Korresp. Stefani“ meldet aus Wien: Kalnoki stattete nach seiner Beerdigung dem italienischen Botschafter Robilant einen Besuch ab, worauf zwischen Kalnoki und Mancini ein Austausch von sympathischen Beglückwünschungen erfolgte.

Gegenüber der in einer jüngst erschienenen Broschüre über die Lage des Papstes enthaltenen Behauptung, daß Crispi, auf Befehl des neuen Papstes befragt, erwidert hätte, er könne als Minister des Innern die Aufrechterhaltung der Ruhe am 20. Februar 1878 nicht verbürgen, falls Papst Leo dem Volke auf dem Petersplatze die feierliche Benediction erteilen würde, stellt die „Riforma“ formell in Abrede, daß Crispi befragt worden sei, und demzufolge auch, daß er obige Antwort erteilt habe; er habe im Gegentheil dem Vatikan freiwillig zu wissen gethan, daß die Ruhe wie in normalen Zeitläufen aufrecht erhalten würde, und habe Wort gehalten.

Der Papst hielt heute, umgeben von dem gesammten Hofstaat, dem diplomatischen Corps und dem römischen Adel, ein öffentliches Konsistorium ab und hörte ein lateinisches Plaidoyer des Doyens der Konsistorialadvokaten zu Gunsten der beabsichtigten Heiligsprechungen an. — In der Kammer wurden die Interpellationen betreffs der Zwischenfälle bei der Leichenfeier Pius IX. zurückgezogen.

Rom, 25. Nov. Die „Gazetta d'Italia“ meldet: Emile Olivier, welcher mit Grévy stets auf gutem Fuße geblieben sei, befinde sich auf dem Wege nach Rom. Er soll beauftragt sein, dem Papst vertraulich über seine Ansicht betreffs des neuen Konkordats zu befragen, welches den religiösen Konflikt mit Frankreich beilegen soll.

Spanien.

Eine der „Polit. Korresp.“ aus Madrid von zuverlässiger Seite zugehende Mittheilung bestätigt neuerdings, daß die spanische Regierung kürzlich an den portugiesischen Minister des Aeußern die vertrauliche Anfrage richtete, ob nicht, angesichts der heftigen Fehde, welche in letzter Zeit zwischen der spanischen und portugiesischen Presse geführt wurde, aus dem beabsichtigten Besuche des Königs Alfonso in Lissabon der portugiesischen Regierung Verlegenheiten erwachsen könnten und daher ein Aufschub des projektirten Besuchs angezeigt wäre. Die portugiesische Regierung antwortete in beruhigender und verneinender Weise, so daß die Realisirung der Reise des Königs Alfonso nach der portugiesischen Hauptstadt zu dem Anfangs in Aussicht genommenen Zeitpunkte, wie dies bereits durch die „Polit. Korresp.“ aus Lissabon konstatiert wurde, als ziemlich gesichert anzusehen ist.

Großbritannien.

London, 25. Nov. Das Kriminalgericht verurtheilte August Hanzbach, der geständig ist, die Fälschung deutscher Banknoten versucht zu haben, zu 8jähriger Zuchthausstrafe.

London, 26. Nov. (Tel.) Bei den gestrigen Gemeinderaths-Wahlen in Cork unterlagen die Kandidaten der Landliga.

Orient.

Bukarest, 25. Nov. Der König eröffnet am Sonntag die ordentliche Kammeression mit einer Thronrede, es wurde dies im heutigen Ministerrathe unter dem Vorsitz des Königs festgestellt.

Konstantinopel, 24. Nov. In den Ortschaften bei Erzerum ist eine pestähnliche Krankheit ausgebrochen. Alle Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Konstantinopel, 25. Nov. Die griechischen Postämter in Konstantinopel und Janina wurden heute geschlossen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 26. Nov. Der „Staatsanzeiger“ Nr. 40 von heute enthält (außer Personalnachrichten): Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden: 1) Des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts: die Anstellung von Rotaren, deren Distrikte und Wohnsitze betreffend; den Tod des Rechtsanwalts Wörts Füll in Karlsruhe betr.; Aenderung von Familiennamen betr.; die Vergabung eines Stipendiums für einen

Studierenden an einer Hochschule oder höheren Kunstanstalt aus der Reichlichen Stiftung in Konstanz betr.; die Vergabung von Stipendien aus der Reichlichen Stiftung in Konstanz betr.; Verleihung eines Stipendiums aus dem Ueberschüssen des Rheinbischöflicher Dispensationsgelder-Fonds betr.; die Vergabung des kleineren altbadischen Juristenstipendiums betr.; den Vorstand der badischen Anwaltskammer betr.; den Rechtsanwalt Gustav Prinz in Baden betr.; den Rechtsanwalt Leopold Mittell betreffend. 2) Des Ministeriums des Innern: die Verleihung von Ausfertigungen betr.; die Neuwahl des Ausschusses der Apotheker betreffend. 3) Des Finanzministeriums: die Tilgung des 3/4proz. Eisenbahn-Anlehens vom Jahr 1842 betreffend.

Karlsruhe, 26. Nov. Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt“ Nr. 28 von heute enthält: Gesetz, die Steuererhebung in den Monaten Dezember 1881 und Januar, Februar und März 1882 betr.; Bekanntmachung des Finanzministeriums: die Organisation der Bezirks-Finanzstellen betr.

Schm. Karlsruhe, 24. Nov. (Mittheilungen aus der Stadtraths-Sitzung von heute. Auf Antrag des Aufsichtsraths der höheren Mädchenschule wird beschlossen, wegen Unzulänglichkeit der vorhandenen Schulräume in der höheren Mädchenschule die Mittel für Aufbau eines 4. Stockes auf den östlichen Seitenflügel des Schulgebäudes in den Voranschlag für 1882 einzustellen. — Während des projektirten Neubaus für das Schulgebäude in der Kriegsstraße muß für Beschaffung von mindestens vier Schulhöfen Sorge getragen werden; in Folge dessen wird beschlossen, die Mittel zur Wichtung von geeigneten Lokalitäten in den Voranschlag für's nächste Jahr einzustellen.

Mannheim, 24. Nov. In der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Deutschen Schul-Vereins wurde die höchst wichtige Frage erörtert, wie es mit dem Anschluß an den Schulverein im Deutschen Reiche gehalten werden soll. Dieser Verein ist am 15. August in Berlin in's Leben getreten und haben sich demselben die Städte München, Köln, Frankfurt a. M., Leipzig und Freiburg i. B. bereits angeschlossen; die Gründung dieses Vereins geschah im Einverständnis mit dem Wiener Schulverein. Der Vorstand beschloß, eine selbständige Organisation des Deutschen Schul-Vereins im Reiche anzustreben und nach den nöthigen vorbereitenden Schritten die Bildung eines badischen Landesverbandes in's Leben zu rufen. — In der hiesigen permanenten Kunstausstellung von A. Doneder ist gegenwärtig das vortreffliche Bild „Verlorene Worte“ von Professor C. Hoff in Karlsruhe ausgestellt. — Im Kaufmännischen Verein hielt vorgestern Abend Herr Richard Lürschmann, der nahezu blinde Redner, einen Vortrag, er regirte die Sophokleische „Antigone“ ohne jede Störung aus dem Gedächtniß und erntete reichen und wohlverdienten Beifall.

Aus Baden, 26. Nov. Die anhaltend milde Witterung bringt manche auffallende Erscheinungen. Aus Ueberlingen berichtet man: Auf den Wiesen blühen allerlei Pflanzen, verschiedene Sträucher und Bäume setzen frische Blätter an. In einem Garten dahier gibt es reife Erdbeeren und Himbeeren, und in einem andern Garten blühen Erdbeeren und Wicken. In Willingen könne man in stillen sonnigen Lagen blühende Veilchen, knospende Rosen und an verschiedenen Obstbäumen und Biersträuchern Knospen gleich Frühlingstrieben sehen. In Waldsbut wurden Erdbeer-Blüthen und Veilchen am Waldestrande beim Bahnhof

gefunden. Reife Erdbeeren finden sich an vielen Orten der Gegend bei Bühl, in Weinbergen und an Rainen. Auch aus Freudenberg wird das Auffinden von reifen, schön rothen Erdbeeren gemeldet.

Mannheim. In der am 24. d. M. abgehaltenen Generalversammlung der Badischen Gesellschaft für Zuckersfabrikation wurde die Vertheilung einer Dividende von 20 Mark per Aktie beschlossen. Der Geschäftsbericht über den Betrieb der vereinigten Fabriken zu Waghäusel, Althausen und Bittlingen zeigte zum erstenmal wieder seit Jahren recht erfreuliche Ergebnisse. Der Reingewinn pro 1880/81 betrug die Summe von 10,230 M., ausreichend, um das Defizit der früheren Jahre vollständig zu decken und dazu noch einen Ueberschuß zu lassen, welcher die Vertheilung einer Dividende möglich machte.

Bei der Bürgermeisterrwahl zu Adelsheim am 24. d. M. wurde Herr Gemeinderath Schlossermeister Chr. Graf gewählt. Vogberg. Auf Anregung des Herrn Stadtpfarrers Böckle ist beabsichtigt, in diesem Winter zum Besten hiesiger Wohlthätigkeitsanstalten unter Mitwirkung verschiedener hiesiger und auswärtiger Musik- und Gesangsfreunde mehrere Konzerte zu veranstalten.

Eppingen. Aus Anlaß des Heilbronner Marktes wird der Abendzug am Montag den 28. d. M. von Schwaigern bis Eppingen fortgesetzt. Am 29. früh um 6.20 wird ein Extrazug von Eppingen nach Schwaigern und Heilbronn abgefahren.

In Bruchsal wird mit einer langen Zuschrift an die „Kraichg. Ztg.“ die Gründung einer Aktienbank empfohlen. Der Vorschußverein vermöge dem Bedürfnisse nicht vollständig zu entsprechen. „Es ist nicht zu bezweifeln“, sagt die Zuschrift, „daß eine Aktienbank am hiesigen Orte ein segensreiches Institut werden wird, einerseits segensreich für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, andererseits wird auch der Segen — in Form von guten Dividenden — den Errichtern einer solchen Bank nicht ausbleiben!“

In Offenburg wurde Herr Gemeinderath Bierbrauer Armbruster zum Kommandanten der Feuerwehrgewählt, nachdem der bisherige Kommandant, Herr Romm, die Wiederwahl abgelehnt hat.

Brandfall. In Wagenstadt ist am 23. d. Mts. Haus und Scheuer des dort anlässigen Seilermeisters abgebrannt.

Neueste Telegramme.

Berlin, 26. Nov. Der Kaiser hatte in der Nacht ununterbrochen erquickenden Schlaf, stand kurz nach 8 Uhr auf, nahm im Laufe des Vormittags wieder die regelmäßigen Vorträge entgegen, ertheilte einige Audienzen und arbeitete mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinetts.

Der „Reichsanzeiger“ berichtet: Der Kräftezustand des Kaisers erfordert noch Schonung; der Kaiser ist dadurch voraussichtlich genöthigt, noch einige Tage das Zimmer zu hüten.

Großherzogl. Hoftheater.

Sonntag, 27. Nov. 132. Abonnementsvorstellung. Statt „Die Hochzeit des Figaro“: Die einzige Tochter, Schwan in 1 Akt, von Alexander Graf Fredro, deutsch von Alexander Rosen, Der Dorfbarbier, komische Oper in 2 Akten, Musik von Schenk. Anfang 6 Uhr.

Beobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Novbr.	Barom.	Thermom.	Feuchtigkeit	Wind.	Himmel.	Bemerkung.
25. Nachts 9 Uhr	752.3	+ 4.5	98	Still	Klar	
26. Mts. 7 Uhr	750.2	+ 7.4	88	SW.	bedeckt	Regen.
„ Mts. 2 Uhr	751.6	+ 10.6	61	„	„	Sturm.

Wasserstand des Rheins.

26. Nov., Mts. 6.	3.14 m., gefallen 1 cm.
-------------------	-------------------------

Kraunkfurter telegraphische Kursberichte vom 26. November 1881.

Staatspapiere.		Bahnpapiere.	
4% D.-R.-Anl.	101.12	Berg.-Mtl.	123.25
4% Preuß. Conl.	100.62	Elisabeth-Bahn	186 1/4
4% Baden i. Guld.	99 1/2	Frz.-Jol.-Bahn	166 1/2
4% „ i. Kart	101.18	Salzburger	262.50
4% Bayern	101.18	Lombarden	129 1/2
4% Oest. Goldrente	80 1/2	Nordwestbahn	195.37
4% „ Silberrent.	67	Staatsbahn	276 1/2
4% „ Papierrente (Mai-Rent.)	66 1/2		
4% Ungar. Goldr.	102 1/2	Prioritäten.	
5% Russ. Obl. 1877/90.	90.	Nordwestb. Lit. A.	87 1/2
5% „ Orientanleihe	59 1/2	Gotthardbahn	99 1/2
II. Em.	59 1/2	5% Oest. Südbahn	100
		3% „	56.
		5% D. F.-St.-B.	104 1/2
		3% „	75 1/2

Wetterbericht der Seewarte zu Hamburg vom 26. November, Morgens 8 Uhr.



Erklärung. Die den Initialen der Städtenamen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die am Ende der Curven (Isobaren) befindlichen Zahlen bezeichnen den reduzirten Barometerstand in Millimetern.

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z			
Aberdeen	Bombay	Canton	Danzig	Genève	Hankow	Hongkong	Kobe	London	Lyons	Manila	Medan	Moer	Nankow	Peking	Rangoon	Singapur	Sourabaya	Tientsin	Yokohama	Amsterdam	Berlin	Bremer	Hamburg	Köln	München	Paris	St. Petersburg	Wien

Deutsche Reichsb. 150 1/2
Bäcker Banker. 192.
Dest. Kreditaktien 310 1/2
Darmstädter Bank 166 1/2
Fent. Effekt. u. B. 138 1/2
Leut. Handelsge. 52.
Disconts Comm. 220.56
Reininger Bank 101 1/2
Schaffh. Banker. 98.
Wien. Bankverein 117.87

Wien. Kreditaktien 390.70
Lombarden 152.70
Disco. Comm. n. 220.70
Reichsbank 124.40
R. Ober-Userb. 165.50
Tendenz: ruhig.

Berlin. Dest. Kreditaktien 623.
Staatsb. 551.50
Lombarden 253.50
Disco. Comm. n. 220.70
Reichsbank 124.40
R. Ober-Userb. 165.50
Tendenz: ruhig.

Verantwortlicher Redakteur: F. Reßler in Karlsruhe.

Karlsruher Ständebuch: Ausg. e.
Geburten. 20. Nov. Wilh. Friederike, B.: Andr. Dörzbach, Kaufmann. — 22. Nov. Emma Karoline, B.: Joh. Bachmann, Lokomotivbeizer. — 23. Nov. Karl Emil Julius, B.: Karl Glaser jun., Kaufmann. — Emma, B.: Max Grimm, groß. Güterverwalter. — Anna Rosa, B.: Joh. Haas, Schreiner. — 24. Nov. Theresia, B.: Frz. Vetter, Tagelöhner. — 25. Nov. Luise Wilh., B.: Frz. Neumaier, Kaufmann. — Paula, B.: Heinr. Raupp, Kalkereiwärter.

Eheschließungen. 23. Nov. Maier Oberndorf von Rimbach, Weinhändler hier, mit Jeanette Rosenheimer von Dettensee.

Todesfälle. Baden, 25. Nov. Franz Joh. Mayer, Knecht, 65 J. — Gerolzhaim, 23. Nov. Philipp Gehra, Postgehilfe. — Freiburg, 24. Nov. Peter Möhner, 71 J. — Karlsruhe, 25. Nov. Veronika, geb. Glaser, Ehefrau des Hauptlehrers Ganter. — Mauer, 24. Nov. Peter Freymüller, Gastwirt zur Krone.

